



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin der Gruppe
DIE LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

Agrarpaket enttäuschend – viel Wirbel der Ampel um wenig Inhalt

Berlin, 03.07.2024

Bezug:

Anlagen:

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin der
Gruppe DIE LINKE im Bundestag

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Die Bundesregierung hat augenscheinlich immer noch nicht verstanden, was die Hintergründe für die Bauernproteste sind,“ kritisiert Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin der Gruppe die Linke im Bundestag, das heute im Bundestag verabschiedete sogenannte große Agrarpaket, „denn es verbessert die Lage der meisten Bäuerinnen und Bauern kaum“.

Latendorf weiter: „Dabei ist die wirtschaftliche Situation auf vielen Höfen ist desaströs. Viele Landwirte können von den Erlösen nicht leben. Sie geben auf oder verschulden sich. Helfen würde eine Stärkung der Landwirte in der Wertschöpfungskette und ein umfangreicherer Bürokratieabbau. Klimaschutz, Tierwohl und Artenvielfalt sind auch den Bäuerinnen und Bauern wichtig und Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Aber dafür braucht es Verkaufspreise, die die Kosten decken.

Im Agrarorganisations- und Lieferketten-Gesetzes wurden nur kleine Stellschrauben gedreht, anstatt Maßnahmen zu beschließen, die wirklich etwas ändern würden. Es fehlten eine Generalklausel gegen unfaire Handelspraktiken, eine unabhängige Preisbeobachtungsstelle und ein Kaufverbot unter Produktionskosten. In Spanien hat dies zu besseren und stabileren Erzeugerpreisen geführt.“

Latendorf weiter zum GAP-Konditionalitätengesetz: „Die Linke hat sich immer für soziale Standards für Direktzahlungen aus Brüssel eingesetzt. Aber dem Gesetzentwurf fehlt das Bewusstsein für das Soziale. Sozialdumping und Preisspekulationen werden damit nicht verhindert.

Mit dem Agrarpaket wird die Situation für viele Bäuerinnen und Bauern kaum leichter, weder in Deutschland, noch in den anderen EU-Staaten noch im globalen Süden. Es hilft auch nicht den Millionen Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie. Die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels schlägt auch hier auf die Löhne durch. Seit Jahren liegen diese knapp über Mindestlohn – vor allem im Osten.“